

## Beschluss

Wir geben den Osten nicht auf – trotz alledem!

Gremium: Landeskonferenz  
Beschlussdatum: 28.09.2024  
Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

### Antragstext

1 Die Ost-Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg waren ein Fanal für  
2 die Demokratie. Eine faschistische Partei konnte in drei Landtagen etwa 30  
3 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. Das reicht in Brandenburg und Thüringen  
4 sogar zu einer Sperrminorität, mit der parlamentarische Prozesse und  
5 demokratische Entscheidungen blockiert werden können. Während die extreme Rechte  
6 damit die Wahlen in Thüringen gewinnen konnte, reichte es für die CDU in Sachsen  
7 und die SPD in Brandenburg jeweils noch zu einem knappen Wahlsieg.

8 Die Ausgangslage für die jeweils achte Legislaturperiode seit 1990 ist  
9 verheerend. Demokratische Regierungsmehrheiten sind mindestens auf das  
10 autoritäre, russlandfreundliche BSW angewiesen; parteipolitische Bündnisse, die  
11 auf eine einmütige politische Vision oder ein gemeinsames Narrativ bauen, sucht  
12 man vergebens.

13 Unterdessen setzt die AfD die Verächtlichmachung demokratischer Institutionen  
14 fort. Vorläufiger Höhepunkt dessen ist die konstituierende Sitzung des Thüringer  
15 Landtags, die durch den AfD-Alterspräsidenten – einer Marionette der blau-  
16 braunen Fraktion – torpediert wurde: eine Verfassungskrise mit Ansage, welche  
17 die Demokratie beschädigt zurücklässt. Das war ein Auftakt dafür, was  
18 möglicherweise allen drei Landtagen in den kommenden fünf Jahren blüht.

#### 19 **Ist der Osten damit verloren? Nein, nur wenn wir ihn aufgeben!**

20 Um klarzustellen: Nichts rechtfertigt es, menschenverachtende und  
21 niederträchtige Politik zu unterstützen. Niemals wird die eigene Situation  
22 besser, wenn „nach unten“ getreten wird. Dennoch lässt sich konstatieren, dass  
23 gerade die Hoffnungen und Erwartungen der Menschen in Ostdeutschland in den  
24 vergangenen drei Jahrzehnten enttäuscht oder vernachlässigt wurden. Hier muss  
25 unser Politikansatz angreifen.

- 26 • Für wen wir streiten

27 Die Sozialdemokratie muss sich für all diejenigen stark machen, die auf das  
28 Aufstiegsversprechen angewiesen sind. So wollen wir Jungsozialist:innen die  
29 bestmöglichen Chancen und Perspektiven für junge Menschen ermöglichen, damit sie  
30 ein selbstbestimmtes und gutes Leben führen und sich persönlich entfalten  
31 können. Dabei ist es unsere Verantwortung, gerade Schüler:innen, Auszubildenden  
32 und jungen Arbeitnehmer:innen eine Stimme zu geben, denn sie werden allzu häufig  
33 überhört. Darüber hinaus streiten wir nachdrücklich für die gesellschaftlichen  
34 Gruppen, die besonders vulnerabel sind – gerade migrantische und queere  
35 Communities kommen in den Debatten häufig zu kurz. Gemeinsam mit unseren

36 progressiven Bündnispartner:innen treten wir für ihre Interessen und Anliegen  
37 ein.

38 • Für eine materialistische Agenda

39 Die sozioökonomischen Bedingungen für die Menschen in Ostdeutschland sind 34  
40 Jahre nach der Wiedervereinigung noch immer weitaus schlechter als in der  
41 übrigen Bundesrepublik. Vielmehr lässt sich als Folge der Entwicklungen der  
42 letzten drei Jahrzehnte feststellen: Der Osten ist strukturell „ärmer und älter“  
43 als der Westen. Nach den dramatischen Entwicklungen in den 90er und 2000er  
44 Jahren für die Menschen vor Ort ist eine demographische oder  
45 volkswirtschaftliche Trendumkehr trotz mancher Förderprogramme aus sich selbst  
46 heraus nicht vorstellbar.

47 Zunächst braucht es deshalb mehr denn je Umverteilungsmaßnahmen von „oben nach  
48 unten“ und von „west nach ost“, die dem extremen Ungleichgewicht der  
49 Vermögensverteilung entgegenwirken. Hierbei können wir unsere Forderung nach der  
50 Einführung eines bedingungslosen Grunderbes wiederholen. Darüber hinaus streiten  
51 wir an der Seite der Gewerkschaften für bessere Arbeitsbedingungen, damit das  
52 Credo „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ endlich Realität wird.

53 Um nachhaltige wirtschaftliche Verbesserungen zu erzielen, die letztlich den  
54 Beschäftigten zugutekommen, brauchen wir aber eine neue Wirtschaftspolitik in  
55 Ostdeutschland. Nur durch eine gezielte Reindustrialisierung, die auf globale  
56 Trends wie Digitalisierung und Dekarbonisierung setzt, kann der Wandel vom  
57 Niedriglohnsektor inkl. „verlängerten Werkbänken“, die allzu häufig vom  
58 Mindestlohn dominiert werden, hin zu einer tarifgebundenen innovativen  
59 Wirtschaftsregion gelingen. Hierfür fordern wir besondere Unterstützungsformate  
60 für den F&E-Bereich.

61 Um das gute Leben für alle zu erstreiten, müssen wir künftig noch stärker die  
62 Lebenshaltungskosten infolge der inflationären Entwicklung in den Blick nehmen.  
63 Energie, Wohnen, Gesundheit, Mobilität oder Verpflegung dürfen die Menschen  
64 finanziell nicht überfordern. Hierfür braucht es eine starke Daseinsvorsorge,  
65 die die Wirksamkeit von Gemeinschaft aufzeigt. Der Rückzug des Staates aus  
66 vielen Bereichen der Daseinsvorsorge, etwa der Gesundheits- oder  
67 Energieversorgung, war ein Fehler, hat das Vertrauen in den Staat schwinden  
68 lassen und muss Schritt für Schritt rückgängig gemacht werden.

69 • Für eine bessere demokratische Kultur

70 Zusätzlich zu den sozioökonomischen Faktoren müssen wir an der demokratischen  
71 Kultur arbeiten. Der Osten kann nicht auf tiefe gesellschaftliche Verwurzelung  
72 politischer Institutionen zählen. Mitwirkung am gesellschaftlichen Leben über  
73 Vereine und die Beteiligung an der politischen Meinungsbildung über die  
74 Teilnahme an Wahlen hinaus sind nicht stark ausgeprägt. An die Stelle  
75 ehrenamtlichen Engagements in Parteien wird ein eher basisdemokratisches  
76 Politikverständnis gesetzt, welches das Vertrauen in parlamentarische Abläufe  
77 einschränkt. Aber Demokratie braucht Demokrat:innen.

78 Echte demokratische Kultur kann sich nur nachhaltig entwickeln, wenn Menschen  
79 auch aktiv Verantwortung wahrnehmen und sich an politischen und  
80 gesellschaftlichen Prozessen beteiligen. Deshalb müssen wir die Bedingungen für  
81 ehrenamtliches Engagement und genossenschaftlichen Einsatz verbessern. Orte des  
82 Zusammentreffens und des Austausches von Menschen verschiedener

83 gesellschaftlicher Hintergründe müssen stärker gefördert werden, sei es der  
84 Jugendclub, Sportverein oder das Wohnprojekt.

85  
86 Es braucht darüber hinaus mehr Abstimmungs- und Beteiligungsformate. Neue Formen  
87 der Beteiligung von Bürger:innen an demokratischen Entscheidungsprozessen können  
88 dafür sorgen, dass mehr Menschen in Thüringen Entscheidungen der Politik  
89 akzeptieren und hinter ihnen stehen können. Gleiches gilt für eine Steigerung der  
90 Transparenz staatlichen Handelns und der Offenheit für mehr Formen direkter  
91 Bürger:innenbeteiligung, wie etwa Bürger:innenhaushalte.

92 Darüber hinaus kann auch die Ergänzung der bisherigen politischen Abstimmungs-  
93 und Beteiligungsformate durch deliberative Aspekte förderlich auf die Akzeptanz  
94 und die Legitimation von Entscheidungen wirken. Gleiches gilt für eine  
95 Steigerung der Transparenz staatlichen Handelns und der Offenheit für die  
96 direkte Beteiligung, etwa in Form von Bürger:innenhaushalten.

97 • Nachhaltig für den Osten streiten

98 Der bundesdeutsche Blick, der die vergangenen Monate auf Thüringen, Sachsen und  
99 Brandenburg gerichtet war, hat manche der zuvor angerissenen Aspekte  
100 aufgegriffen. Der Blick darf nach diesen Wahlen und ihren Ergebnissen nicht  
101 gleichgültig verschwinden. Die Entwicklungen im Osten drohen, hier nicht Halt zu  
102 machen, sondern wortwörtlich zu einer Blaupause für Westdeutschland zu werden.  
103 Deshalb müssen wir gemeinsam, trotz unterschiedlicher Erfahrungen und manch  
104 verschiedener Herausforderungen, solidarisch Seit an Seit streiten.

105 Als Jusos in der SPD steht für uns fest: Wir werden keinen Ort, keine Region und  
106 schon gar kein Bundesland jemals den Rechten überlassen. Die Angriffe von rechts  
107 auf unsere offene Gesellschaft und die demokratischen Institutionen werden wir  
108 zurückweisen. Ein Verbot der AfD kümmert sich dabei nur um die Symptome des  
109 gesamtgesellschaftlichen Rechtsrucks, menschenfeindliche Ansichten verschwinden  
110 nicht von allein.

111 Wir fordern die SPD auf, sich endlich stärker mit den spezifischen  
112 Herausforderungen Ostdeutschlands auseinanderzusetzen. Das bedeutet für uns: Es  
113 muss endlich im Regierungshandeln der Ampel deutlich werden, dass die SPD die  
114 letzte Bundestagswahl vor allem im Osten gewonnen hat - denn davon spüren wir  
115 bisher wenig. Wenn die Sozialdemokratie nicht glaubhaft für Umverteilung,  
116 Zukunftsperspektiven und das demokratische Gemeinwohl im Osten einsteht und dies  
117 in konkrete Politik für die Menschen vor Ort gießt, verliert sie ihre  
118 Daseinsberechtigung.

119 Deshalb liegt es an uns, gemeinsam mit den progressiven Kräften und zusammen mit  
120 unseren Bündnispartner:innen stärker denn je und glaubhaft für die Interessen  
121 Ostdeutschlands zu kämpfen.

122 **Wir geben den Osten nicht auf – trotz alledem!**